

„Epochenwende? Wandlungsprozesse der 1970er Jahre im politischen Diskurs.“

7. Potsdamer Doktoranden- forum zur Zeitgeschichte

Potsdam, 24.-25. April 2009

Olga Sparschuh/Nikolai Wehrs

Während die Populärkultur gegenwärtig ein Revival der 1980er Jahre erlebt, sind in der Zeitgeschichtsforschung nun schon seit einigen Jahren die „70er“ en vogue. Gewichtige Tagungen fanden statt, die Frage nach dem Zäsurcharakter des Dezenniums wird breit diskutiert. „Epochenwende“, „Umbruchszeit“ und „Scharnierjahrzehnt“ machen als Attribute die Runde – und wer in der „Zunft“ weiterhin als Großgelehrter gelten will, legt zu dieser Frage einen Essay vor. Viel analytische Tiefe wird also geboten, noch aber fehlt es dem Forschungsfeld erkennbar an empirischer Breite. Wenn sich dieser Tatbestand in den nächsten Jahren jedoch ändern dürfte, so wird das nicht zuletzt an der Vielzahl von Dissertationsprojekten liegen, mit denen derzeit Nachwuchsforscher der geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächer die 1970er Jahre erschließen. Grund genug für die Doktorandinnen und Doktoranden des ZZF das diesjährige Potsdamer Doktorandenforum unter das Thema „Epochenwende? Wandlungsprozesse der 1970er Jahre im politischen Diskurs“ zu stellen. Vom 24. bis 25. April 2009 stellten in Potsdam 13 auswärtige Promovierende ihre Forschungen vor und diskutierten miteinander sowie mit rund 50 Zuhörern die Frage, wel-

che langfristigen Verschiebungen im politisch-kulturellen Raum der in den 1970er zum Durchbruch kommende sozioökonomische Strukturwandel bewirkte.

Als Gastredner eröffnete *Jens Hacke* (Hamburg) die Tagung mit einem Vortrag über die Möglichkeiten und Grenzen der Politischen Ideengeschichte bei der Erforschung des Einflusses von Ideen und Ordnungssystemen auf gesellschaftliche Wandlungsprozesse. Wenn die Politische Ideengeschichte die Aufgabe habe, politisches Denken zu kontextualisieren und Diskurse zu dechiffrieren, müsse sie, so Hacke, zwar zunächst jene Ideen untersuchen, die gesellschaftlichen Konsens schaffen. Ebenso müsse sie aber auch in politisch Abseitigem Bedeutung für das politische Geschehen erkennen. Damit war der Link zur Intellectual History gegeben, der sich die Vorträge der ersten Sektion zuwandten. *Eva Bürger* (Tübingen) zeigte anhand der Debatten zwischen Jürgen Habermas und Niklas Luhmann auf, wie das Krisenbewusstsein der westdeutschen Gesellschaft in den 1970er Jahren zu einer starken wechselseitigen Beeinflussung wissenschaftlicher und öffentlicher politischer Diskurse führte. Habermas wie Luhmann gaben durch ihre wissenschaftlichen Positionen intellektuelle Wegweisung, die von den Zeitgenossen auch auf der Ebene gesellschaftspolitischer Überzeugungen nachvollzogen werden konnten. *Martin Kindtner* (Tübingen) verortete das Denken des Poststrukturalismus im Umfeld von Krise und Neuorientierung der französischen Linken seit 1968. Mit ihrer Revision linker Gesellschaftskritik habe die Philosophie des Poststrukturalismus auf erkenntnistheoretische und gesellschaftspolitische Probleme reagiert, die durch

den Strukturbruch entstanden. Indem die Philosophen als politisierte Intellektuelle ihre philosophischen Konzepte in Bezug zur politischen Praxis setzten, hätten sie gleichzeitig zur Etablierung der Postmoderne beigetragen. Kindtner stellte die Theorietexte der Philosophen neben die Praxis postmodern inspirierter politischer Gruppen, ausgehend von der Hypothese, dass beide von denselben doxischen Vorannahmen geprägt gewesen seien.

Ein ideengeschichtliches Spezifikum der späten 1960er und frühen 1970er Jahre war zweifellos der Höhenflug der Futurologie. Die „Zukunft“, so *Achim Eberspächer* (Hannover), habe nie so starke Konjunktur in Medien, Wissenschaft und Öffentlichkeit gehabt, wie in jener Zeit. Die Futurologie habe dabei mit dem Anspruch gepunktet, die Zukunft im wahrsten Sinne des Wortes berechnen zu können. Bezeichnenderweise zeugte von diesem Anspruch selbst der „Club of Rome“-Bericht von 1972, obwohl er die für die späteren 1970er Jahre kennzeichnende Krise des Fortschrittsglaubens einläutete, in deren Folge die Futurologie aus dem Blick der Öffentlichkeit wieder verschwand. Dass aber der damals geprägte „professionelle“ Umgang mit der Zukunft fortwirke, zeigt sich für Eberspächer auch heute noch in der Arbeitsweise von Prognoseinstituten und Unternehmensberatungen.

Mit dem „Club of Rome“-Bericht wurde bekanntlich Umwelt zu einem neuen Politikfeld erhoben. In der diesem Phänomen gewidmeten Sektion beleuchtete *Sandra Tauer* (Freiburg) den durch die „Ölkrise“ hervorgerufenen Paradigmenwechsel in der Energiepolitik Westeuropas. Am Beispiel der Bundesrepublik und Frankreichs stellte sie dar, wie diese Länder in der in-

ternationalen Energiediplomatie mit unterschiedlichen Interessen konkurrierten, während es in ihren nationalen Energiepolitiken und in den jeweiligen Mediendebatten erstaunliche Übereinstimmungen gegeben habe. Sei die Energiepolitik nach 1973 zunächst durch das Streben nach Versorgungssicherheit bestimmt gewesen, hätten sich um 1980 in beiden Ländern verstärkt Umweltverträglichkeit und soziale Akzeptanz als Zielgrößen herausgebildet. Mit dem Verweis auf das Jahr 1980 relativierte Tauer zugleich die Bedeutung von 1973 als zeitgeschichtlicher Zäsur. Auch in *Birgit Metzger* (Freiburg) Schilderung der Waldsterben-Debatte in der Bundesrepublik der frühen 1980er Jahre fanden sich Gründe gegen eine Überbewertung der „Epochenwende“. Zwar sei in der Waldsterben-Debatte die Krise des Fortschrittsglaubens deutlich zum Ausdruck gekommen, doch habe sie andererseits auch ein bedeutendes Maß an Kontinuität aufgewiesen. Bei der Diskussion der Gegenmaßnahmen wurde das Heil wiederum vor allem in technischer Weiterentwicklung gesucht. Letztlich, so Metzger, sei der „Fortschritt“ in der Debatte nur rhetorisch in Frage gestellt worden. Die politische Symbolkraft des Waldsterbens zeigte sich 1983, als die Grünen bei ihrem ersten Einzug in den Bundestag durch Umweltverschmutzung geschädigte Tannenbäumchen in den Plenarsaal trugen. Den tiefen Einschnitt, welche die Parlamentarisierung der aus den Neuen Sozialen Bewegungen hervorgegangenen Grünen für das westdeutsche Parteiensystem bedeutete, wertete *Saskia Richter* (Berlin) zugleich als politische Artikulation der „Epochenwende“. In der demonstrativen Abkehr der Grünen vom Postulat des permanenten

Wachstums sah sie einen direkten politischen Ausdruck des Struktur- und Wertewandels der 1970er Jahre.

Am klarsten beschrieben wurde die Wandlungsprozesse der 1970er Jahre bisher am Beispiel der Transformation der Industriegesellschaft. In der Regel geschieht dies freilich in Form einer Niedergangsgeschichte. *Tobias Gerstung* (Tübingen) ging in seinem Vortrag den entscheidenden Schritt weiter und beschrieb die Neugestaltung altindustriell geprägter Verkehrs- und Produktionsflächen in westeuropäischen Hafenstädten. Diese durch die Modernisierung des globalen Güterverkehrs zunächst funktionslos gewordenen und daher als Zeichen sichtbaren Niedergangs gedeuteten innerstädtischen „brown fields“ seien schon bald als Planungsflächen für eine „bessere Zukunft“ entdeckt worden. Als Paradebeispiel für den Versuch einer „Urban Renaissance“ widmete sich Gerstung vor allem der Stadtentwicklungs- und nicht zuletzt Stadtmarketing-Politik der einstigen Industrie- und heutigen Dienstleistungsmetropole Glasgow. Eindrucksvoll beschrieb *Sabine Dworog* (Gießen) die Erweiterung des Frankfurter Flughafens von den 1950er bis in die 1980er Jahre im Spannungsfeld von lokalen, nationalen und globalen Interessen. Statt auf die oft geschilderte Protestbewegung gegen den Flughafenausbau, konzentrierte sie sich auf das Verhältnis zwischen öffentlichen Normen und privatwirtschaftlicher Dynamik. Im untersuchten Zeitraum wandelte sich der Frankfurter Flughafen von einem Staatsbetrieb in eine marktorientierte Aktiengesellschaft. Nicht die Startbahndemonstrationen, sondern die frühe Einführung computergesteuerter Gepäckbeförderung, mit wel-

cher Frankfurt sich im internationalen Wettbewerb der Großflughäfen an die Spitze setzte, erscheint nachträglich als wichtigste Zäsur. Ein sehr zeitspezifisches und doch selten beachtetes Phänomen der 1970er Jahre untersuchte auch *Stephanie Hagemann* (Bielefeld) mit der Sozialbilanzierung in westdeutschen Unternehmen. Steht die Sozialbilanzierungspraxis einerseits in der Linearität der Entwicklung der betrieblichen Sozialpolitik, erkannte Hagemann darin doch eine deutliche Zäsur im Selbstverständnis der Unternehmen. In Reaktion auf den gestiegenen gesellschaftlichen und politischen Druck, hätten die Unternehmen ihr Handeln über den ökonomischen Zweck der Profitmaximierung hinaus rechtfertigen und zum traditionellen Gewinn eines Unternehmens den gesellschaftsbezogenen Gewinn zusätzlich in Betracht ziehen müssen.

In der abschließenden Sektion des Doktorandenforums diskutierten die Teilnehmer die Auswirkungen der Wandlungsprozesse der 1970er Jahre auf die Politische Kultur. *Wim de Jong* (Nijmegen) referierte über die Einführung der Sozialkunde als Unterrichtsfach in den Niederlanden. Die Forderung hiernach war, angesichts einer gefühlten Krise der Demokratie, zunächst immer wieder von Intellektuellen erhoben worden, bevor auch die Politik die Initiative aufnahm. Das westdeutsche Beispiel war in der niederländischen Debatte offenbar eine Quelle starker Inspiration – hier freilich war die Initiative nicht von der Bevölkerung, sondern vom Staat ausgegangen und „Demokratiekunde“ bereits 1952 mit der Bundeszentrale für Politische Bildung institutionalisiert worden. *Cordula Obergassel* (Münster) analysierte die kulturpo-

litischen Debatten der 1970er Jahre am Beispiel der Dortmunder Theaterszene. In besonderer Weise kollidierten in der schwerindustriell geprägten Ruhrmetropole gesellschaftlicher und kultureller Aufbruch (in Form einer vitalen Alternativen Kulturszene) einerseits und wirtschaftlicher Strukturwandel (in Form von finanziellen Engpässen der Kommune infolge der Kohle- und Stahlkrise) andererseits – in der Regel zu Lasten des ersten. *Dominik Rigoll* (Berlin) untersuchte das Abhör-Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1970 vor dem Hintergrund der Grundsatzdebatte um das Konzept der „streitbaren Demokratie“ seit den 1950er Jahren. Welche Tendenz die Karlsruher Richter zu welcher Zeit bei der Abwägung von individuellen Freiheitsrechten und dem Schutz des Staates verfolgten, hing, wie Rigoll zeigte, nicht zuletzt von der generationellen Prägung der Verfassungsjuristen ab. Während die höchsten Richter der 1950er und 1960er oftmals noch selbst politische Repressionen während der NS-Diktatur erlitten hatten, fehlte ihren Nachfolgern diese Erfahrung. Rigoll wertete das Abhör-Urteil als eine klare Aufforderung des Bundesverfassungsgerichts zur Verfolgung von „Verfassungsfeinden“ und sprach ihm eine Schlüsselrolle für die Entstehung des Radikalenerlasses von 1972 zu. Nicht um das Abhören, sondern um das Zuhören ging es indem Vortrag von *Jens Elberfeld* (Bielefeld) über Familientherapie in der Bundesrepublik. Seiner Ansicht nach hatte diese in den 1970er Jahren einen entscheidenden Anteil an einer sukzessiven „Normalisierung“ der Familie – wobei er „Normalisierung“ mit Foucault als Selbstregulation von Individuen im Bereich des Normalen (im Gegensatz zur Normierung

nach Werten) begriff. Mit dem kulturellen Wandel seit den 1960er Jahren war die patriarchalische Familienorganisation in eine Krise gekommen, die von der Familientherapie aufgefangen wurde, indem sie an einem neuartigen, auf Kommunikation basierenden System der Familie mitwehte. Die gesellschaftliche Relevanz dieses Familienkonzepts habe sich in der neuen Familiengesetzgebung Ende der 1970er Jahre gezeigt.

Wie lautet nun das inhaltliche Resümee der Tagung? Dass sich die „70er“ nicht auf einen Nenner bringen lassen, war bereits im Vorfeld klar. Der zu verzeichnende Zugewinn an empirischer Erkenntnis verstärkte jedoch abermals die Zweifel an den geläufigen Deutungsnarrativen der jüngeren 70er-Jahre-Forschung. Immer wieder wurde in den Kommentaren (so von Marcus M. Payk und Winfried Süß) vor dem ubiquitären Krisenbegriff gewarnt. Auch das Deutungsangebot der „Epochenwende“ wurde – jedenfalls in der Bedeutungsversion als säkularer Zäsur – stark angezweifelt. Was den einschneidenden soziökonomischen Strukturwandel betrifft erscheinen die 1970er Jahre zunehmend nur als eine Episode eines deutlich längeren Prozesses. Erst recht gilt dies für seine, zeitlich verzögerte, politisch-intellektuelle Wahrnehmung und Verarbeitung. Generell zu hinterfragen ist ohnehin die immer stärker sich durchsetzende Ausrichtung der zeithistorischen Forschung an Dekaden. Dennoch darf die 70er-Jahre-Forschung unter den Forschungsfeldern im Werden (und ein solches ist sie zweifellos immer noch) zu den vitalsten gerechnet werden. Das 7. Potsdamer Doktorandenforum zur Zeitgeschichte bot hier einen eindrucksvollen Einblick in das, was gleichsam als die Ex-

perimentierstube der Zeitgeschichtsfor-
schung genannt werden kann.

Kontakt:

wehrs@zzf-pdm.de